Deutscher Verkehrsbund

Organ für die Interessen der in privaten und öffentlichen Betrieben des Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbes beschäftigten Lohn- und Gehaltsempfänger

Nr. 13 | Erscheint alle 14 Tage. Bezugspreis monatlich 50 Goldpfennige. Einzelnummer 30 Goldpfennige. | Berlin, den 28. Juni 1924 | Redaktion u. Expedition: Berlin SO 16, Engelufer Nr. 31. Fernsprech-Anschluß: Amt Moritzplatz, Nr. 950 u. 11864. Redaktionsschluß 8 Tage vor Erscheinen des Blattes. | 2. Jahrg.

Rettet

das deutsche Proletariat vor dem Verhungern. Dieser Notruf ging vor wenigen Monaten in die Welt und fand Widerhall bei allen Menschen, die nicht national verblödet sind und Charakterstärke genug haben den chauvinistischen Verleumdungen zu widerstehen. Durch diese Hilfe hat

das deutsche Proletariat

die schwerste Zeit überstehen können. Die Profitwut der Ausbeuter läßt den Arbeitern, Angestellten und Beamten aber keine Ruhepause. Den deutschen Kapitalisten kam die internationale Unterstützung der Arbeiterklasse sehr ungelegen: sie brauchen Werteschaffer, deren Widerstandskraft durch Not und Elend zermürbt ist. Sie brauchen wehrlose Sklaven. Ihre größte Enttäuschung war, daß

die freien Gewerkschaften

die Krise besser überstanden, als sie gewünscht und gewollt hatten. Deshalb „arbeiten" im ganzen Land die Unternehmer daran, die Löcher, die die Sturmflut der Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit in den Damm (das sind die Gewerkschaften zwischen dem Vernichtungswillen der Kapitalisten und der Arbeiterklasse) gerissen haben, mit brutalen Fäusten zu erweitern. Die Kreditnot — zum Teil wirkliche Not, zum größten Teil Schwindel — gibt ihnen freudig begrüßten Vorwand, die Betriebe zu schließen und die Belegschaften auf die Straße zu setzen. Sie

können es

sich leisten, denn sie sind in den letzten Jahren alle schwerreich geworden. Sie kalkulieren nicht mit Unrecht: je mehr Arbeitslose, desto schwächer die Gewerkschaften. Ihre Rechnung kann stimmen, aber

wenn die Arbeiter

wollen, dann geht die Rechnung nicht auf. Wenn die Arbeiter nicht der zügellosen Willkür des gierigen Geldsacks erliegen, wenn sie den neuen Sturm siegreich bestehen wollen, dann müssen sie

sich organisieren!

Die gewerkschaftliche Organisation führt einen ununterbrochenen Kampf gegen die Bestrebungen unserer wirtschaftlichen Feinde. Dieser Kampf kostet aber nicht nur die Nerven unserer Führer, sondern vor allem Geld. Die auf der Schattenseite des Lebens wandelnden Enterbten, die um ihr unveräußerliches Menschenrecht Betrogenen müssen sich in starken Gewerkschaften zusammenschließen.

Aber das genügt nicht!

Ein wirtschaftlicher Kampf läßt sich nicht ohne Geld führen. Das wissen die Unternehmer und ihre Hoffnung auf den Zusammenbruch der Gewerkschaften gründet sich auf die Finanzschwäche der Organisationen. Diese Hoffnung gilt es zuschanden zu machen. Wir gehen wirtschaftlichen Zuständen entgegen und sind schon zum Teil mitten drin, wie wir sie im letzten Halbjahr der Inflation hatten. Dieser Zustand hat für alle Arbeiter, Angestellten und Beamten die bekannten Folgen.

Wir appellieren

dann ein zweitesmal an die Solidarität der Internationale? Das wäre vergebens: Denn eine Arbeiterschaft, die nicht alles tut sich selbst zu retten, wird von jedem einsichtigen Menschen endgültig verloren gegeben. Wir appellieren deshalb

an die Selbstachtung

des deutschen Proletariats, wir appellieren an die Arbeiterehre unserer Kollegen, die in einem Menschenalter bewiesen haben, daß sie lieber im Kampf untergehen als ihre Arbeiterehre verlieren. Besinnt euch auf die stolze Vergangenheit eurer dreißigjährigen Kampforganisation. Gebt ihr durch weitestgehende

Stärkung des Kampffonds

die Mittel in die Hand, die Angriffe der Ausbeuter auf eure Lebensbedingungen abzuwehren und eure Lage zu verbessern. Zahlt jede Woche euren den statutarischen Bedingungen gerecht werdenden Bundesbeitrag. Seid nicht nur bei Lohnbewegungen, sondern jede Stunde, jede Minute kampfentschlossene Gewerkschafter und ihr

rettet euch!

Rettet euch vor der Schmach, Sklaven einer durch und durch verfaulten Parasitenklasse zu werden.

Unternehmerdruck auf die Regierung.

Die sogenannte Deutsche Arbeitgeberzeitung Nr. 23 (8. 6. 24) gibt unter der Ueberschrift „Zeichen der Zeit" einen Brief wieder, den „der Vorsitzende des Vereins Hamburger Reeder" an den Reichsarbeitsminister und den 1. Bürgermeister Hamburgs richtete. Weil er vor allem gegen unsere Organisation gerichtet ist, geben wir ihn unseren Kollegen zur Kenntnis:

Ernste Sorge um die nächste Zukunft unserer Schiffahrt und unseres Hafens treibt mich, Ihnen in Kürze meine Ansicht über die durch die neue Lohnbewegung der Hafenarbeiter geschaffene Situation mitzuteilen.

In den kritischen Oktobertagen des vergangenen Jahres ließen wir die Hamburger Goldmark entstehen mit dem nächsten Zweck, dem Hafenarbeiter einen ausreichenden Lohn zu geben und damit im Hafen Ruhe zu schaffen. Am 1. November erhielt der Hafenarbeiter nahezu den Friedenslohn (56 Pfg. die Stunde gegen 60 Pfg. im Frieden).

Damals warf man uns vielfach vor, wir wären zu weit gegangen, der Goldlohn der Hafenarbeiter sei zu hoch, denn das binnenländische Gewerbe verfolgte die Tendenz, beim Uebergang auf den Goldlohn niedrig abzukommen, um möglichst viel Reserve für spätere Zulagen zu haben. Die Entwicklung hat uns aber recht gegeben: Mit Ausnahme bis jetzt den damaligen Lohn nahezu unverändert beibehalten. Selbst der schwere Kampf um die Arbeitsbedingungen im März dieses Jahres, der ja im übrigen durchaus nicht nach unseren Wünschen geendet hat, veränderte den Lohn nur um ein geringes (60 statt 56 Pfg.)

Während wir also unseren Lohn zum Segen des Hafens und Hamburgs ruhig durchhalten konnten, machte das binnenländische Gewerbe unter dauernden Beunruhigungen eine ständige Aufwärtsentwicklung seiner zunächst zu niedrig angesetzten Löhne durch, bis es etwa im April mit einem Durchschnittslohn von etwa 60 Pfg. für die Stunde ebenfalls den Vorkriegsstand erreichte.

Meiner Ansicht nach hätte in diesem Stadium alles getan werden müssen, um weiteren Lohnerhöhungen vorzubeugen. Da unser Lebenshaltungsindex nur um wenige Prozente vom Vorkriegsstand entfernt ist, so gab die im April erreichte Lohnhöhe dem Arbeiter tatsächlich den Reallohn der Vorkriegszeit. Mochten auch gefühlsmäßige Momente dafür sprechen, der Arbeiterschaft weitere Erhöhungen zu gönnen, so mußte doch ein Blick auf die durch den Kapitalmangel so erschwerte Lage der Unternehmungen sagen, daß bei weiteren Erhöhungen der Gefahrpunkt notwendig überschritten werden würde, daß wir uns also keine weiteren Erhöhungen würden leisten können. Meines Erachtens hätte die ganze Autorität des um die Stabilisierung kämpfenden Staates insbesondere durch entsprechende Instruktionen an die Schlichter gegen weitere Lohnsteigerungen eingesetzt werden müssen. Statt dessen wurden im binnenländischen Gewerbe im Zeichen der bekannten Konjunktur vielfach weitere Lohnerhöhungen festgesetzt und damit ein offensichtlich falscher und verderblicher Weg beschritten. Schon damals konnte der baldige Zusammenbruch der Konjunktur vorausgesehen werden. Als dann Mitte des Monats die Hafenarbeiter eine Forderung auf Erhöhung des Stundenlohns von 60 Pfg. auf 80 Pfg. stellten, wirkt sich die weichende Konjunktur bereits durch erheblichen Rückgang der Beschäftigungsmöglichkeit im Hafen aus. Zugleich sanken die Großhandels- und Lebenshaltungsindex. Alles sprach also unverkennbar gegen eine Lohnerhöhung. Wir hofften daher, daß es uns entsprechend unserer bisherigen gesunden Lohnpolitik erspart bleiben würde, die unverantwortliche Ueberhöhung der binnenländischen Löhne mitzumachen. Dennoch hat der Schlichter für das hamburgische Staatsgebiet, nachdem Vorverhandlungen gescheitert waren, den Lohn der Hafenarbeiter nun von 60 auf 70 Pfg. für die Stunde erhöht. Damit sind wir aus unserer bisherigen gesunden Richtung herausgedrängt und in die ungesunden Lohnverhältnisse der binnenländischen Gewerbe hineingezwungen worden. Der Hafenarbeiterlohn liegt nach dem Spruch zirka 14 Prozent über dem Friedensreallohn.

Ich sehe aus dieser Entwicklung schwere Gefahren für die nächste Zukunft voraus, zumal erfahrungsgemäß die Lohnabschlüsse des Hamburger Hafens durch ihre Einwirkung auf sämtliche übrigen Seehafenplätze für das gesamte deutsche Wirtschaftsleben von einschneidender Bedeutung sind. Wenn den Arbeitern ein über den Friedensstand hinausgehender Reallohn zugesprochen wird, so muß das im Sinne einer Verschärfung des Kapitalmangels wirken. Die Unternehmungen müssen eine Neubelastung auf sich nehmen, obgleich dies wirtschaftlich nicht mehr verantwortet werden kann. Dazu kommt, daß das ganze mühsame Werk der Herabsetzung unserer Hafenkosten erneut gefährdet wird, da bei der Kapitalarmut der Zwischenbetriebe, wie Stauereien usw., eine Verteuerung der Uebernahmesätze unumgänglich sein wird. (Da diese Betriebe zum größten Teil überflüssig sind, könnte der gar nicht notwendigen Verteuerung durch ihre Beseitigung entgegengearbeitet werden. Red. V.)

In dieser Lage glaube ich zweierlei hervorheben zu sollen:

Einmal scheint es mir notwendig, daß die zur Vermittlung in Lohnkämpfen berufenen staatlichen Instanzen in ganz anderem Maße als bisher sich der Verantwortung bewußt werden, welche sie durch jede Erhöhung des Lohnes über den Friedensreallohn hinaus auf sich laden und sich klarmachen, wie sehr jeder Schritt in dieser Richtung der Stabilisierungspolitik der Regierung zuwiderläuft. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß nicht nur unsere Verhandlungsgegner, die Gewerkschaftsführer, ohne hinreichende Vertiefung in die wirtschaftliche Lage die Lohnkämpfe noch immer so führen wie in der Inflationszeit, als die Lohnverhandlungen ja schließlich nur der Reflex des fortschreitenden Inflationsprozesses waren, sondern daß auch die staatlichen Vermittlungsinstanzen nicht immer erkennen, daß eine Neufestsetzung des Lohnes bei stabiler Währung ganz etwas anderes ist als die üblichen Schlichtungsverhandlungen während der Inflationsperiode. Ich glaube, daß es eine dringliche Aufgabe ist, hier den Gedanken, wie sie so überzeugend aus der Schrift des Reichsfinanzministers Dr. Luther „Feste Mark, stabile Währung" sprechen, Geltung zu verschaffen.

Ferner frage ich mich, was werden soll, wenn, wie anzunehmen ist, die Preise weiter heruntergehen und bei der sich weiter verschlechternden Wirtschaftslage der Beschäftigungsgrad im Hafen weiter zurückgeht. Dann wird das ja schon bestehende Mißverhältnis zwischen den neuen Löhnen und der Leistungsfähigkeit der Unternehmungen, die sie zahlen sollen, sich so verschärfen, daß nichts anderes übrig bleibt als zu versuchen, durch einen Lohnabbau Rückkehr zu dem bisherigen Lohn zu erzwingen. Ich muß gestehen, daß ich der Möglichkeit hierzu, so sehr ich von der wirtschaftlichen Notwendigkeit überzeugt bin, nicht ohne Skepsis gegenüberstehe. Bei dem letzten großen Hafenarbeiterstreik im März dieses Jahres haben wir uns — ich darf das dem Ernst der Lage entsprechend offen sagen — nicht von dem Gefühl freimachen können, daß eine aktive Führung des Kampfes von unserer Seite, ohne welchen wir uns einen Erfolg schwerlich versprechen können, daran scheitern muß, daß die hamburgischen Staatsorgane sich nicht von dem Gedanken frei machen, daß ein solcher Lohnkampf im Hafen ein nach Möglichkeit abzuschwächendes einzudämmendes Uebel sei und nicht eine zwar bittere, aber heilsame wirtschaftliche Notwendigkeit sein könne.

Ich hoffe, daß dieser aus dem Ernst der Lage heraus geschriebene Appell an die für die Geschicke Hamburgs verantwortlichen Männer nicht ungehört vorübergehen wird.

Dieser Brief ist ein Musterbeispiel dafür, wie man mit richtigen Zahlen die öffentliche Meinung, den Reichsarbeitsminister und die Hamburger Behörden zu belügen versucht. Der Tagelohn der Hamburger Hafenarbeiter betrug vom 13. Oktober bis zum 4. November 4 Billionen 886 Milliarden. Ab 4. November betrug der Lohn 4,50 Goldmark. Da aber die werbeständigen Geldmittel nicht immer reichten, sollte der Wertschwund der Papiermark durch Zuschläge wett gemacht werden. Sie schwankten im Lauf der Zeit zwischen 50 und 10 Proz. Der höchste Papiermarklohn Hamburger Hafenarbeiter betrug 7,2 Billionen Mark, wobei bemerkt werden muß, daß nach der im Oktober erfolgten Schaffung der Hamburger Goldmark in Hamburg fast kein Papiergeld mehr loszuwerden war, so daß die 7,2 Billionen in Wirklichkeit nicht die Kaufkraft der 4,50 Goldmark hatten.

Herr Böger — wir nehmen an, daß der Herr noch Vorsitzender des Vereins Hamburger Reeder ist — behauptet nun in seinem Brief, ab 1. November hatten die Hamburger Hafenarbeiter einen Stundenlohn von 56 Pfg., womit fast der Friedensstundenlohn (60 Pfg.) erreicht war. Vier Pfennig Unterschied die Stunde sind 32 Pfg. den Tag und das ist ja schließlich für die Leute, die der Reeder mit seinem Brief bluffen will, kein Geld, während der Arbeiter diesen Ausfall sehr wohl merkt. In Wirklichkeit lebt aber doch auch der Hamburger Hafenarbeiter nicht vom Stundenlohn, sondern vom Gesamteinkommen, und wenn wir auf den in Hamburg geltenden Tagelohn zurückgreifen, so stellt sich die Rechnung so: 1914 verdiente der Hafenarbeiter 9×60 = 5,40 Mk., im November 1923 aber nur 8×56 = 4,50 Mk. Dadurch steigt die Differenz auf 90 Pfg. oder 16⅔ Proz., während nach dem Brief zu urteilen nur ein Rückgang des Stundenlohns um 4 Pfg. oder 6⅔ Proz. in Frage kommt. Der Märzstreik brachte dann den Friedensstundenlohn — 60 Pfg. oder 4,80 Mk. den Tag. Hinter dem Lohn von 1914 blieb der Hamburger Hafenarbeiterlohn — trotz Herrn Böger — um 60 Pfg. oder um 11,11 Proz. zurück. Der absolute Friedenslohn, der nach dem Brief bereits am 1. November erreicht war, wurde noch nicht einmal im März, April und Mai gezahlt. Der Herr, der so eifrig Reichs- und Staatsbehörden gegen die hohen Löhne aufreizt, darf sich stolz in die Brust werfen, er ist ein unbeteiligter Ehrenmann: seine Zahlen stimmen genau — und doch kommt eine Fälschung heraus.

Um der schönen Hafenarbeiteraugen willen haben die Reeder und Hafenbetriebsunternehmer im November keine 4,50 Goldmark bewilligt. Der Oktoberstreik hatte sie ein schönes Stück Geld ausländischer Hochvaluta gekostet, das in die Tasche der Konkurrenz floß. Die Heuer der Seeleute wurde in Papier gezahlt, die Mark sank rasend, jede Entwertung scheffelte den deutschen Reedern Geld in den Sack. Mit den Händen war zu greifen, daß das deutsche Währungselend einem Höhepunkt zueilte, wo es jedes weitere Geschäft, das heißt, jeden weiteren mühelosen Gewinn, unmöglich machen mußte. Deshalb heißt es aus der günstigen Gelegenheit des mühelosen Raffens eine sozialpolitische Tugend machen, wenn Herr Böger das „soziale Verständnis" der Reeder e tutti quanti auf Kosten des „binnenländischen Gewerbes" preist. Für April nimmt er an, daß auch das Binnenland einen Durchschnittsstundenlohn von 60 Pfg. zahlte, wodurch dort „ebenfalls der Vorkriegsstand erreicht war". „Durchschnittszahlen" sind ein beliebtes Sprungbrett, um aus dem Bereich der konkreten Tatsachen in das Reich der Phantasie zu kommen. Wohl gibt es einige wenige qualifizierte Arbeitergruppen, die einen Stundenlohn von 80, 90 auch wohl von 100 Pfg. haben. Doch hätten diese wenigen das Dreifache, so käme noch kein Durchschnittslohn von 60 Pfg. heraus. Es gibt Millionen Arbeiter, die an diesen „Durchschnittslohn" des Herrn Böger selbst im Juni noch nicht entfernt herankommen. Stundenlöhne von 40 bis 45 Pfg. sind die Regel, aber Hunderttausende sind mit Löhnen von 30 bis zu 40 Pfg., ja mit 20 bis zu 30 Pfg. dem langsamen Hungertod überantwortet. Das hypothetische „Gefühl" des Briefschreibers, das „der Arbeiterschaft weitere Erhöhung gönnt", macht die Hungernden nicht satt. Wir Arbeiter wissen die „Gönner" zu würdigen, sie „gönnen" uns immer alles, aber leider geht es gerade dann nicht zu machen, wenn wir es nötig brauchen — und da wir es bei unserer Ausdörrung immer brauchen, müssen sich es unsere „Gönner" schweren Herzens versagen, uns etwas zu „gönnen". Auch der Briefschreiber ist so ein „verhinderter Gönner", er verlangt, daß „alles getan werden müßte, weiteren Lohnerhöhungen vorzubeugen". Nach der Meinung des Briefschreibers — es ist wenigstens die Meinung, die er nach außen vertritt — hatte sein berühmter Durchschnittsarbeiter im April den Friedensreallohn erreicht, und deshalb und weil außerdem der Kapitalmangel die Lage der Unternehmen erschwert, hätte die „ganze Autorität des Staats" die Schlichter zwingen müssen, weiteren Lohnerhöhungen die Zustimmung zu versagen. Mit dieser Forderung an die Regierung, bei Lohnbewegungen gegen die Hungernden zugunsten der Satten die Autorität des Staats sprechen zu lassen, rennt Herr Böger offene Türen ein. Erst dieser Tage wurde uns aus Sachsen gemeldet, daß einem Schiedsspruch die Allgemeinverbindlichkeit versagt wurde, weil der Reichsarbeitsminister es in allen Fällen verboten habe, wo die Friedenslöhne überschritten würden. Herr Böger meint allerdings beweisen zu können, daß die „Autorität des Staates" versagte, da angeblich der „Durchschnittslohn" seit April über den „Vorkriegsstand" gestiegen ist. Er schämt sich nicht einmal, vor aller Oeffentlichkeit festzustellen, daß er vielleicht ein guter Geschäftemacher, aber trotzdem, richtiger gerade deshalb, ein volkswirtschaftlicher Ignorant